

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres

zu dem

Antrag der CDU-Fraktion

Stellen- und Personalkonzept für die Polizei im Land Brandenburg

- Drucksache 5/43 -

Berichterstellerin: Abgeordnete Britta Stark (SPD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den oben genannten Antrag ablehnen.

Datum des Eingangs: 15.02.2010 / Ausgegeben: 15.02.2010

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den Antrag der CDU-Fraktion zum Stellen- und Personalkonzept für die Polizei im Land Brandenburg (DS 5/43) in seiner 4. Sitzung am 19. November 2009 an den Ausschuss für Inneres.

Der Ausschuss für Inneres befasste sich in seiner 1. Sitzung am 10. Dezember 2009 und abschließend in seiner 3. Sitzung am 28. Januar 2010 mit dem Antrag.

B. Beratung

In der ersten Beratung unterstützten die Ausschussmitglieder im Wesentlichen das Anliegen des Antrags und sprachen sich für ein aufgabenkritisch orientiertes Personalkonzept über 2012 hinaus aus.

In der weiteren Beratung informierte der Minister des Innern Speer über Mitglieder, Aufgaben und Zielstellungen der von ihm eingesetzten Kommission "Polizei Brandenburg 2020" sowie über das weitere Verfahren. Die Diskussion zur Einstellung von Polizeianwärtern im Herbst dieses Jahres wurde auf die Haushaltsberatungen vertagt.

Die Vorsitzende wies in der 3. Sitzung am 28. Januar 2010 darauf hin, dass in der 8. Sitzung des Landtages am 20. Januar 2010 zwei Anträge zum gleichen Thema beraten und bereits votiert worden seien: der Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE "Öffentliche Sicherheit durch eine bedarfsgerechte Personal- und Strukturplanung der Polizei gewährleisten" (DS 5/291) und der Antrag der CDU-Fraktion "Wachen- und Strukturkonzept für die Polizei des Landes Brandenburg" (DS 5/286). Aus ihrer Sicht habe sich damit der vorliegende Antrag erledigt. Die CDU-Fraktion teilte diese Auffassung nicht. Die Fraktion DIE LINKE schloss sich der Einschätzung an, dass sich der vorliegende Antrag in der Sache erledigt habe.

Im Ergebnis der Beratung beschloss der Ausschuss für Inneres mehrheitlich, dem Landtag die Ablehnung des Antrags der CDU-Fraktion zu empfehlen.

Britta Stark
Berichterstatteerin und Vorsitzende
des Ausschusses für Inneres